

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Anzeigengesetz vom 19. Juni 1908. - Erscheint wöchentlich. - Preis 10 Pf. - Anzeiger Nr. 23

Anzeigerpreis für die Abgabe von 1000 Exemplaren: 1000 Mark. - Preis für 500 Exemplare: 500 Mark. - Preis für 250 Exemplare: 250 Mark. - Preis für 100 Exemplare: 100 Mark. - Preis für 50 Exemplare: 50 Mark. - Preis für 25 Exemplare: 25 Mark. - Preis für 10 Exemplare: 10 Mark. - Preis für 5 Exemplare: 5 Mark. - Preis für 2 Exemplare: 2 Mark. - Preis für 1 Exemplar: 1 Mark.

Erstausgabe: Montag, 16. Januar 1924. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 13

Mittwoch, den 16. Januar 1924

19. Jahrgang

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Heidt.

In der gestrigen Landtagsitzung gab Ministerpräsident Heidt seine Regierungserklärung ab; die Kommunisten hatten einen Misstrauensantrag eingebracht, der aber auf Vorschlag des Landtagspräsidenten Minister erst nach Abgabe der Erklärung bei der Besprechung des Regierungsprogramms behandelt werden soll. Als Heidt das Wort ergriff, verließen die 15 Sozialisten, die sich von der BVP abgetrennt hatten, den Saal. Der Ministerpräsident führte folgendes aus:

Nachdem ich am 4. Januar dieses Jahres durch das Vertrauen des Landtages zum Ministerpräsidenten berufen worden bin habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt:

- zu meinem Stellvertreter und zum Minister des Innern Herrn Landtagsabg. Max Müller,
- zum Minister für Volksbildung Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser,
- zum Justizminister Herrn Landtagsabg. W. Müller,
- zum Finanzminister Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold.

Herr Arbeitsminister Eisner ist auf seinem Posten verblieben. Bis zu der noch ausstehenden Ernennung eines Wirtschaftsministers führe ich die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums. Sämtliche Minister haben der Reichs- und Landesverfassung Treue gelobt.

Das erste Kabinett der Mitte.

Das Kabinett in Sachen gebildet worden ist, in Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse, von den verschiedensten Seiten lebhaften Anzügen ausgesetzt gewesen. Wie ist die Wirklichkeit?

Nachdem durch die bekannten Vorgänge die sozialistische Minderheitsregierung meines Herrn Amtsvorgängers nicht mehr haltbar war, ist es zur Bildung der sogenannten Großen Koalition gekommen.

Die aus der Zwangslage der Entwicklung gebildete Regierung wird das ihrige dazu beitragen, daß die so begründete Arbeitsgemeinschaft länger zusammenhalten wird als die Regierungen der letzten Zeit.

Allerdings wird der Versuch gemacht, den Bestand der Regierung dadurch in Frage zu stellen, daß die Auflösung des Landtages und Neuwahlen im Wege des Volksbegehrens betrieben werden. Die Regierung wird hierbei pflichtgemäß nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Landtag und Regierung werden sich aber während des Verfahrens darüber schlichtig zu machen haben, ob und in welchem Umfange noch vor den Neuwahlen die von mehreren Seiten angeregte Verzögerung der Abgeordnetenzahl durch verfassungsänderndes Gesetz durchgeführt und außerdem die Veränderungen des Wahlrechts übernommen werden sollen. Die für die Reichstagswahlen teils eingeführt, teils geplant sind. Dabei verdient auch der Gedanke, durch Vertiefung der Wahlkreise ein engeres persönliches Verhältnis des Abgeordneten zu seinen Wählern anzustreben, sorgsamste Prüfung.

In dem gegenwärtigen Kabinett sind zum erstenmal die Vertreter aller Parteien zusammengefaßt die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Darin liegt eine sichere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Freistaates Sachen von ihm peinlichst gewahrt und geschützt werden. Zugleich darf gehofft werden, daß es durch die gemeinschaftliche Arbeit aller der wirtschaftlichen Kreise, die in Mitteln, dem des Kabinetts ihre Vertreter sehen, gelingen wird, die wirtschaftliche Not unseres Volkes und vor allem der Kernfamilien unter ihnen in sozialem Geiste soweit zu lindern, als es angesichts der gegenwärtigen Lage, menschlichen Kräften überhaupt möglich ist. Bei der finanziellen Abhängigkeit der Länder vom Reich kann die Not vielfach nur mit Hilfe des Reiches gelindert werden. Die sächsische Regierung muß Wert darauf legen, daß die komplizierten Wirtschaftsbeziehungen und die besonders große Erwerbslosigkeit in Sachsen von der Reichsregierung in besonderem Maße gewürdigt werden. Sie glaubt, dieses Ziel besser durch sächsische Verhandlungen erreichen zu können als durch einen Federkrieg, zumal wenn der Landtag sie hierbei tatkräftig unterstützt.

Daß die Förderung der Sozialfürsorge im Rahmen der Reichsgesetzgebung unser Bestreben sein wird sei besonders unterstrichen. Den Opfern der Wirtschaftskrisis werden wir versuchen, durch tatkräftige Hilfe, insbesondere durch Beschaffung von Krediten und von Arbeitsmöglichkeiten, Belebung des Baumarktes usw. - Erleichterung zu bringen. Mit Rücksicht kann das freilich nur durchgeführt werden, wenn besonders die leistungsfähigen Bevölkerungsschichten in sozialem Geiste mitwirken. Diesen zu pflegen, wird Aufgabe der Regierung sein.

Den fortschrittlichen Ausbau der Landesgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung aller schaffenden Stände, wird die Regierung vorwärts zu bringen suchen und dabei alle Kräfte für Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für Herstellung geordneter Finanzen in Staat und Gemeinde mobilisieren.

In kultureller Beziehung soll kein Rückschritt eintreten, sondern der Weiterentwicklung soll der Weg geebnet werden, soweit es die Finanzlage nur irgend gestattet. Ich habe bereits im September des vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß es eine dringende Aufgabe sei, den Haushalt auf Gold umzustellen, und habe entsprechende Anordnungen getroffen. Durch die rechte Verteilung der Lasten auf alle Volksschichten die zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung unbedingt notwendigen Mittel zu schaffen, wird das Bestreben der Regierung sein. Dabei verheißt sie sich nicht, daß bei der außerordentlich kritischen Lage der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, diese Aufgabe, auch bei äußerster Sparsamkeit, nur schwer zu lösen sein wird, besonders wenn man berücksichtigt, daß in der Gegenwart unsere Wirtschaft noch sehr dankeverleugert und infolge dessen der sächsische Staat mit außerordentlich hohen Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge belastet ist. Die Gesundung der Staatsfinanzen wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelinzt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit eine gesunde Grundlage für die Ausgleichung des Staatshaushalts zu schaffen.

Als eine vornehmste Aufgabe sieht es die Regierung an, den staatlichen Besitz zu erhalten und weiter auszubauen. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Finanzlage gestatten leider nicht die Inangriffnahme neuer Staatsaufgaben, die mit neuen Kosten verbunden sind. So wünschenswert sie auch sein mögen. Sie erfordern vielmehr geheimer eine Einschränkung aller Staatsaufgaben sowie des Behördenapparates. Die sächsische Regierung glaubt, daß es mit dem ihr von der Reichsregierung aufgegebenen Personalabbau allein nicht getan sein wird, sondern vielmehr damit Hand in Hand ein Abbau und Umbau des Verwaltungsapparates gehen muß. Die Staats- und Gemeindeverwaltung soll durch Heranziehung aller dafür geeigneten Kräfte gefördert werden. Durch Vereinfachung und Umgestaltung der Verwaltung soll diese in den Stand gesetzt werden, trotz dem Personalabbau ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu erhöhen. Die Regierung wird in dieser Richtung, soweit nicht etwa hierfür die Veränderung einzelner Gesetze erforderlich sein wird, im Haushaltsplan für 1924 einschneidende Veränderungen vorschlagen. Erst wenn auf diese Weise der ganze Verwaltungsapparat den so sehr verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sein wird, kann an neue Staatsaufgaben herangetreten werden. Der Regierung erscheint es nützlich und ehrlicher, dieser harten Tatsache ins Gesicht zu sehen, als Versprechungen zu machen, deren Erfüllung die Finanzlage verbietet.

Sehr kann nicht behauptet werden, daß die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung im verflochtenen Jahre durchweg erfreulich gewesen sind. Auch die Verhältnisse der einzelnen Landesregierungen zueinander sind vielfach durch allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden. Die sächsische Regierung ist soweit gegangen, daß sie zur sächsischen Regierung die geschäftlichen Beziehungen abgebrochen hat. Ich kann nicht glauben, daß diese Entwicklung dem deutschen Ansehen und der deutschen Einheit förderlich ist, erblicke vielmehr darin eine der schwersten Gefahren für die Verfassung von Weimar.

Die sächsische Regierung hat eine Revision dieser Verfassung angeregt. Die sächsische Regierung hält zwar eine grundsätzliche Neuregelung des gegenwärtigen Finanzsystems ebenfalls für geboten, glaubt aber, daß dieses Ziel im wesentlichen auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung erreicht werden kann, und wird sich jedenfalls nicht durch die Förderung partikularistischer Tendenzen von dem geraden Wege abdrängen lassen, der auf eine allmähliche Erringung des Deutschen Einheitsstaates abzielt.

Eine weitere Schwierigkeit, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt vorfindet, ist die, daß sie durch den Ausnahmezustand

in ihrer Handlungsfreiheit eingesengt ist. Als Männer die sich ihrer Verantwortlichkeit, dem Landtag und dem ganzen Volke gegenüber, bewußt sind, müssen die sächsischen Minister danach trachten, ihre volle Handlungsfreiheit sobald als möglich wieder zu erlangen. Mit dem Wehrfreikommando hat die Regierung Beziehungen aufgenommen und hofft, solange der Ausnahmezustand noch bestehen wird, im Wege der Verhandlungen

mit dem Wehrfreikommando die Härten des Ausnahmezustandes auf ein Mindestmaß herabzubringen und damit zugleich seine Aufhebung beschleunigen zu können.

Die gegenwärtige Regierung legt besonderen Wert darauf alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzufassen und den Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Vorbedingung für eine gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu verwirklichen. Sie hofft bei der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben die Unterstützung des Landtages zu finden.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten, die fast durchweg von lärmenden Zwischenrufen der Kommunisten unterbrochen wurden, waren vielfach, und namentlich am Schluß, vom lebhaften Beifall der Regierungsparteien begleitet.

Nach einer zweifelhafteigen Vertagung wurde zum ersten Vizepräsidenten der bisherige zweite Vizepräsident Dr. E. K. (Dr.) gewählt, zum zweiten Vizepräsidenten an Stelle des zum Justizminister ernannten Abg. W. Müller der Abg. Dr. H. Schmidt (D. V.). Die Kommunisten stimmten dagegen.

Im folgenden sprach

Finanzminister Dr. Reinhold über die finanzielle Lage

Diese stellt sich als außerordentlich ernst dar, da das Reich uns immer knapper fällt. Die Staatsschulden belaufen sich auf etwa 180 Millionen Goldmark. Man darf aber die Bedeutung dieser Riesen nicht überschätzen, da überreichliche Deckung vorhanden ist. Weniger glänzend stellt sich das Bild, wenn man die laufenden Ausgaben den laufenden Einnahmen gegenüberstellt. Der gesamte Residualauswand beläuft sich auf etwa 9,8 Goldmillionen. Dazu leistet das Reich jetzt noch einen Zuschuß von 3,5 Goldmillionen. Es sind also rund 6,3 Goldmillionen zu bedenken. Diese Summe wird sich durch den Beamtenabbau um etwas ermäßigen, aber keinesfalls um 25 Prozent, sondern um etwa 10 Prozent. Diesem Bedarf steht etwa die gleiche Summe an Steuerüberweisungen gegenüber. Das Reich ist aber nicht in der Lage über den April hinaus den Ländern und Gemeinden irgendeinen Zuschuß zu gewähren. Wir müssen uns schon jetzt darauf einstellen, daß wir von diesem Zeitpunkt ab die vollen Lasten des Beschlusses aufzuwenden tragen müssen. Es ist selbstverständlich, daß das Reich uns die Zuschüsse nicht entziehen kann, ohne uns erhöhte Steuerüberweisungen zu machen. Verhandlungen darüber sind im Gange. Die sächsischen Ausgaben werden aus den Erträgen der verbenden Anlagen usw. gedeckt. Im Augenblick ist 1 Goldmillion wöchentlich für Erwerbslosenunterstützung zu leisten. Das ist fast dieselbe Summe, die im Frieden aus der Einkommensteuer im ganzen Lande herausgeholt worden ist. Wir müssen daher die Steuern die uns das Reich gelassen hat, voll ausschöpfen. Von großem Interesse für den Staat ist es, daß die Wirtschaft wieder in Gang kommt, weil davon die Bilanzierung des Staatshaushaltes abhängt. Dieser Grundfay hat den Zuschuß gekostet, wenn er die Notverordnungen über Grund- und Gewerbesteuer ganz wesentlich abgebaut hat, so daß sie vielleicht noch gerade tragbar sind. An der sogenannten Arbeitsgeberabgabe hat niemand eine Freude am wenigsten die Regierung. Es ist jedoch eine vorübergehende Maßnahme. Die Landwirtschaft wird von der Grundsteuer hart getroffen. Aber auch sie sollte sich im Staatsinteresse damit abfinden. Die Regierung bittet, daß der Landtag diese Steuern, die die automatische Außerkräftigung der Notverordnungen bedeuten, so schnell als möglich verabschiedet, damit der Staat die Aufgaben, die er hat, auch weiter erfüllen kann.

Den Bericht über die beiden Vorlagen, Gewerbesteuer und die Einführung einer Arbeitsgeberabgabe, erstattet Abg. H. Müller (D. V.). Was die Gewerbesteuer betrifft so hat der Ausschuss den entscheidenden Bestimmungen folgende Fassung gegeben:

Für den Rest des Rechnungsjahres setzt sich die Gewerbesteuer zusammen

1. aus den in § 13.1 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1923 bezeichneten Anlagen, einschließlich des daselbst festgesetzten Zuschlags;

2. aus einer weiteren Abgabe nach Maßgabe der im Gewerbebetriebe gezahlten Gehälter und Löhne.

Als vierte Teilzahlung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 ist der Betrag von einer Goldmark für je 1000 Mark (also nicht 5 Goldmark, wie in der Regierungsvorlage vorgesehen) der bei der Veranlagung festgesetzten Steuer des Rechnungsjahres 1923 zu leisten. Soweit der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1923 ein Geschäftsabschluss vor dem 1. Juli 1923 zugrunde liegt erhöht sich die Teilzahlung auf vier Goldmark für je 1000 Mark Steuer des Rechnungsjah-

ft. melbet: Geh. idberg: Die. Schwente. undo meblig. 570 Wiffentz hem für die t geworhen als feimen r für Daut. feltung der rite erbleit. rektor des 1902 gab er a noch über Seit 1908 me Urteilen Minifchen, Neubildung, terziehung, Hochmgers, te „Schwe- lten Begeg- änders der tigung eine Dauer und Dam. s. Erwäh- Bismard ersten Nach- chlenen ist.

ag. g zur Ge- des Ein- Der letzte Verfpäzete

ueramt.

n

bat

ittbreite Qualität nig Sa. Straße 31.

mer

Offerten er- blatt.

ichtigen eher,

frage 6.

d.

r.

von 1923 (also nicht auf fünf Goldmark für je 1000 Mark Steuer). Der Betrag der vierten Teilzahlung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 als die vierte Teilzahlung der Zuschlagsteuer der Gemeinden und Bezirksverbände für das Rechnungsjahr 1923 als Mindestsatz im Sinne des Gesetzes. Der Höchstsatz der Zuschlagsteuer wird für die vierte Teilzahlung auf 200 Prozent der Gewerbesteuer herabgesetzt. Die vierte Teilzahlung ist zu gleichen Teilen am 1. Februar und 1. März zu entrichten.

Die Abgabe auf Grund der bezahlten Gehälter und Löhne beträgt die Hälfte des Betrages, den der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes einzubehalten und an das Reich abzuführen hat. Die Veranlagung zur Gewerbesteuer 1924 hat bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung vorläufig zu unterbleiben, es sind aber Vorauszahlungen zu leisten, und zwar 30 Goldmark und von den zur Vermögenssteuer steuerpflichtigen Unternehmern ein weiterer Betrag in Höhe von 1 Prozent des Betriebsvermögens. Diese Zahlungen sind am 15. Mai und 15. November je zur Hälfte zu leisten. Die Abgabe vom Gehalt und Lohn ist bis auf weiteres fortzuentrichten.

Lord Curzons Protest

gegen die Anerkennung der Pfalz-Sonderbündler.

Der Protest Lord Curzons, der den von Poincaré erlassenen diplomatischen Coup durchkreuzte, nämlich die kommende englische Regierung durch die Anerkennung der sog. autonomen Regierung der Pfalz von Seiten Frankreichs vor eine vollendete Tatsache zu stellen, gründet sich nach einer inspirierten Meldung des „Observer“ auf folgende Ausführungen:

1. Die hohe Rheinlandkommission ist nicht befugt irgendeinen solchen politischen Schritt zu tun, wie es die Anerkennung der Sonderbündler der Rheinlande wäre. Politische Entscheidungen sind Sache der alliierten Regierungen.

2. Die Zuständigkeit der Rheinlandkommission beschränkt sich darauf, „Bewordnungen zu erlassen, soweit sie für die Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der alliierten und assoziierten Mächte nötig sind“, gemäß Artikel 3 der Vereinbarung.

3. Die britische Regierung kann keine Sonderbewegung im Rheinland anerkennen solange nicht genügend Beweise dafür vorliegen, daß die Bewegung dem Willen der britischen Bevölkerung entspringe, ausgedrückt durch eine Volksabstimmung oder sonst in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

4. Keinerlei Beweis liegt dafür vor, daß die Bewegung des Herrn Heinz und seiner Kollegen irgendeinem dieser Kriterien genügt. Man hat im Gegenteil Beweise dafür, daß sie das Ergebnis französischer imperialer Machenschaften ist.

Lord Curzon kann jedenfalls darauf rechnen, daß Ramsay MacDonald die damit eingenommene Haltung durchaus billigen wird. Nach dem „New Statesman“ werde er auch dafür sorgen, daß die englische Position in Köln „weniger nutzlos, lächerlich und demütig wirkt, als sie es durch Waldwins Unfähigkeit geworden ist“.

Die Rothemerepresse ist gegenwärtig so eifrig mit der kommenden Arbeiterregierung einerseits und Waldwin andererseits beschäftigt, daß sie für Deutschland nicht mehr viel Raum hat. Das schließt allerdings nicht aus, daß sie ihr Bestes tut, um die Sammlung für die Notleidenden in Deutschland, zu der eine Reihe der angesehensten Männer Englands aufgerufen haben, zu sabotieren. Es wird alles zusammengetragen, was darauf hindeutet, daß es noch viele reiche Leute in Deutschland gibt, wobei die „extravagananten Organe“ der Deutschen in den Schweizer Hotels eine große Rolle spielen, und daraus wird gefolgert, daß für eine ausländische Hilfe gar keine Veranlassung ist, da, wie es in einem seiner Sonnabendblätter heißt, Deutschland für alles Geld habe, nur nicht, um seine Schulden (!) zu bezahlen und um das Elend seiner Mittellosen zu erleichtern, und dieses Deutschland läßt heute unter den Nationen

seinen Gut zirkulieren, während sich seine Schienen unanständig vollstrecken.

General de Metz vor der Rheinlandkommission.

Wie der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ in Koblenz berichtet, ist General de Metz vor die Interalliierte Rheinlandkommission berufen worden. Ueber die Lage in der Pfalz wurde eine lange Erklärung abgegeben und eine Anzahl von Fragen an ihn sowohl durch den britischen als auch den belgischen Oberkommissar gerichtet, die sich, wie verlautet, direkt auf die Untersuchung des britischen Generalkonsuls in München bezogen. Die Bedeutung der Zusammenkunft der Oberkommissare erhelle aus der Tatsache, daß Lord Curzon verschiedene lange Telegramme an das britische Foreign Office geschickt habe.

Clive will de Metz besuchen.

In einer Unterredung mit dem Heidelberger Mitarbeiter des „Tageblattes“ betonte der englische Generalkonsul in München, daß England in der pfälzischen Angelegenheit durchaus unparteiisch und korrekt vorgehen werde. Er habe bereits am Sonntag mit Vertretern der pfälzischen Parteien gesprochen, um sich über die Zustände zu unterrichten, er werde aber auch die Separatisten hören. In Mannheim werde er eine Unterredung mit Vertretern der pfälzischen Kirche haben, und in Speyer werde er General de Metz einen Besuch abstatten.

Heinz' Nachfolger.

Dem Vernehmen nach hat der wegen Spionage und Unterschlagung verhaftete 28jährige Major der Separatisten Ruhn aus Speyer in der sog. vorläufigen Regierung als Nachfolger des ermordeten Heinz-Orbis die Präsidialgeschäfte übernommen.

Eine unerhörte Gewaltverfugung.

Die sogenannte „Regierung der autonomen Pfalz“ hat die Presse gezwungen, folgende Verfügung zu veröffentlichen: „Für jeden gegen ein Mitglied oder einen Beamten der Regierung der autonomen Pfalz verübten oder versuchten Anschlag hatten die fünf angesehensten Bürger der Pfalz aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und dem gesamten Vermögen.“

Für jeden gegen einen Bezirkskommissar der Regierung oder einen Beamten des Bezirkskommissariats verübten oder versuchten Anschlag hatten die fünf angesehensten Bürger des Bezirkes aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und dem gesamten Vermögen.“

Diese Verfügungen sind nichts anderes als das Eingeständnis, daß die Tat von Speyer die verzweifelte Notwehr des gepöbelten pfälzischen Volkes war.

Der Bischof von Speyer bei Tirard.

Bei der Unterredung, die der Bischof von Speyer, Dr. Ludwig Sebestian, in Koblenz mit dem Vorsitzenden der internationalen Rheinlandkommission, Tirard, und den interalliierten Vertretern der Rheinlandkommission hatte, um gegen die Gewalttätigkeit der Separatisten in der Pfalz Verwahrung einzulegen, hat er u. a. folgende Erklärung abgegeben: „Wenn der Abordnung die Tat von Speyer vorgehalten wird, so ist sie (die Abordnung) gerade deshalb gekommen, um Abhilfe gegen alle Mißstände zu erbitten, die zu solchen Vorkommnissen verleiten können. Die pfälzische Bevölkerung ist nicht kriegerisch gestimmt, sie will Frieden und Ordnung, Arbeit und Verdienst und will bei Bayern und dem Reich bleiben, die sie immer auch beste für sie gesorgt haben.“

Clive und die Pfälzer.

„Daily Telegraph“ meldet aus Speyer: Der englische Generalkonsul Clive ist von dem Eindruck in Speyer und in der Pfalz entsetzt. Er hat auch in Heidelberg Vertreter und von den Separatisten Gemüthshefte gesehen. Obwohl der Generalkonsul jede Erklärung ablehnt, kann man sagen, daß England, nachdem was Clive nach London berichtet wird, nicht länger Wiltulderin unerhörter Gewalttakte in einem anvertrauten Gebiete bleiben dürfte.

Der Frankensturz.

Journes Industrielle für Poincarés Demission.

Der katastrophale Sturz des französischen Franken an allen Börsen hat in Paris außerordentliche Erregung hervorgerufen. Man erinnert in den Zeitungen an die schlimmsten Tage der französischen Niederlagen im Sommer 1914. Die verschiedensten Maßnahmen werden vorgeschlagen, um der Katastrophe zu begegnen. Das „Journes Industrielle“ hat den Wut, die Klagen, die in Paris allgemein im Umlauf sind, wiedergegeben, nämlich, daß der Insturz gegen den Franken erst aufhören werde, wenn Poincaré demissioniert habe. Das Blatt befürchtet, wenn dem Franken kein Einhalt geboten würde, werde nicht nur die finanzielle, sondern auch die diplomatische Lage Frankreichs außerordentlich verschlechtert, weil Deutschland von seinen inneren und äußeren Schulden befreit, innere Kredite erlangen könnte, während Frankreich, wenn es zur Inflation griffe, keine Kredite erhalten würde. Mühen in einer solchen Berrüttung, diplomatische Verhandlungen geführt werden, dann würde die Lage Frankreichs außerordentlich schlecht sein.

Man erinnert in den Zeitungen an die schlimmsten Tage der französischen Niederlagen im Sommer 1914. Die verschiedensten Maßnahmen werden vorgeschlagen, um der Katastrophe zu begegnen. Das „Journes Industrielle“ hat den Wut, die Klagen, die in Paris allgemein im Umlauf sind, wiedergegeben, nämlich, daß der Insturz gegen den Franken erst aufhören werde, wenn Poincaré demissioniert habe. Das Blatt befürchtet, wenn dem Franken kein Einhalt geboten würde, werde nicht nur die finanzielle, sondern auch die diplomatische Lage Frankreichs außerordentlich verschlechtert, weil Deutschland von seinen inneren und äußeren Schulden befreit, innere Kredite erlangen könnte, während Frankreich, wenn es zur Inflation griffe, keine Kredite erhalten würde. Mühen in einer solchen Berrüttung, diplomatische Verhandlungen geführt werden, dann würde die Lage Frankreichs außerordentlich schlecht sein.

Französisches Wettrüsten zur See.

Ein beschleunigtes Bauprogramm.

Zwischen der Flottenkommission der französischen Kammer und der Regierung ist ein Uebereinkommen zustande gekommen, wonach das Flottenbauprogramm beschleunigt werden soll. Ursprünglich sollten die neu zu bauenden Schiffe in der mit dem Jahre 1930 anhebenden Periode auf Stapel gelegt werden. Jetzt wurde beschlossen, daß der Bau derselben Schiffe bereits zwischen 1924 und 1928 begonnen und spätestens mit dem Jahre 1931 fertiggestellt werden soll. Es handelt sich um 6 Kreuzer von je 10000 Tonnen, 15 Zerstörer von je 2400 Tonnen und 24 Torpedoboote von je 1200 Tonnen. Anstatt der zuerst beschlossenen 4 U-Boot-Kreuzer von je 3000 Tonnen sollen nur 2 gebaut werden, weil man mit diesem Schiffstyp erst Erfahrungen sammeln will. Dafür sind 7 Minenleger-U-Boote von je 600-1300 Tonnen dem Bauprogramm hinzugefügt worden. Die Kosten für diese modernen Typen sind um 2 Millionen Franken höher als für die zwei zurückgezogenen U-Boot-Kreuzer. Der Bau von 30 U-Booten erster Klasse von je 1385 Tonnen ist beibehalten worden, ebenso von zwei Ueberwasserminenlegern und 4 Tauchschnellbooten. Entsprechend mußten die Kredite geändert werden. Sie laufen nun anstatt über zehn nur über acht Jahre und betragen von 1926 anfangend statt 300 jetzt 450 Millionen Franken.

Beginn der Sachverständigenkonferenz.

Der Vorsitzende der Repko, Barthou, begrüßte am Montag die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses und sprach seine besondere Befriedigung darüber aus, daß die Amerikaner an den Beratungen teilnehmen. Er habe volles Vertrauen zu der Sachkenntnis der Sachverständigen. Barthou schlug vor, General Daves zum Vorsitzenden des Ausschusses zu ernennen. Daves nahm das Amt an und sagte in einer längeren Rede der Erfolg des Sachverständigenkomitees hänge völlig davon ab, daß in der alliierten Meinung und in dem Gewissen der Alliierten und der Welt eine genaue Vorstellung von dem Unglück vorhanden sei, von dem jeder einzelne der Alliierten bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze. Fünf Jahre hind unter den Alliierten nicht jenes Einvernehmen geherrscht, das für den Frieden und den wirklichen Fortschritt wesentlich ist.

Wir sind soweit gekommen, daß wir heute wissen: Diese Unfähigkeit, sich über eine gemeinsame Haltung zu einigen, hat ganz Europa in eine äußerst kritische Lage geführt. Während der fünf Jahre, die dazu verwendet worden sind, mühevoll jene ungeheuerlichen Bibliotheken von verschiedenen Argumenten, mehr oder weniger veralteten Statistiken und wirtschaftliche Auseinandersetzungen zusammenzubringen, sind noch und nach die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands aufammengebrochen und mit ihnen die deutsche Produktionsfähigkeit. Ueberdies hat der Kredit sämtlicher europäischer Mächten, als das Wirtschaftslieben Deutschlands allmählich erlosch, einen Stoß erhalten. Denn die Welt begreift es wohl, daß Deutschland, wenn das deutsche Volk seine Arbeitsfähigkeit verliert, selbst seine Fähigkeit einbüßt, jene Reparationen zu bezahlen, die ein so wichtiges Element der europäischen Zahlungs-fähigkeit darstellen.

Die Nonnenentführung.

Von Johann Konrad Friederich.

(6. Fortsetzung.)

Faseltst angelangt, war mein erstes Geschäft, mit der Nonne Rücksprache zu nehmen, wie man den Grund von Angelikas Nichterhellen erfahren könne. Die Sachlage war nun viel mißlicher geworden, gerne wäre ich mit Nonnie ins Kloster geeilt, aber da wir schon Abschied genommen hatten, war es nicht mehr möglich, zum Glück war dies nicht der Fall mit der Nonne; aber diese fürchtete, die ganze Intrige sei entdeckt, man habe vermutlich Angelika auf der Tat ergriffen, und sie getraute sich nicht in das Kloster zu gehen. Nonnie geriet bei dieser Vermutung außer sich und ich hatte alle Mühe, ihn von tollen Streichen abzuhalten. Wir kamen endlich überein, da auf die Cesarini gar kein Verdacht habe fallen können, diese zu bitten, sogleich einen Besuch im Kloster zu machen; aber auch sie war auf keine Weise dazu zu bewegen, indessen war sie gewöhnlich mit vorzüglichem Mut bei der Hand und schlug vor, ihr Kammermädchen mit einem Auftrag an Beatrice abzusenden, wodurch man alsbald erfahren würde, ob etwas Außerordentliches unter den Nonnen vorgefallen sei, das Mädchen solle sich nur ganz unbedenken nach der Nonne erkundigen, was um so eher tunlich, da wir verabredet hatten, daß sie sich zwei Tage vor der beabsichtigten Flucht krank stellen und das Bett hüten solle. Die Gesandte wurde abgeschickt und wir blieben sämtlich eine lange Stunde in der äußersten Spannung und Erwartung. Endlich kam der Wagen zurück, wir eilten ihr entgegen, und sie konnte uns nicht schnell genug berichten, daß nichts Besonderes vorgefallen sei, aber daß

die Nonne noch als krank im Bette läge und nach Beatrices Versicherung wirklich sehr übel aussehe.

Nun war uns allen ein schwerer Stein vom Herzen, ich schrieb Angelikas Ausbleiben keinem anderen Umstande als ihrer großen Müdigkeit zu, und hatte auch Recht; denn als die Nonne von einem Besuch, den sie ihr auf unsere Bitten hatte machen müssen, zurückkehrte, erzählte sie, daß das arme Mädchen jetzt in der Tat unwohl sei und Fieber gehabt habe; sie sei zur bestimmten Stunde durch die langen oben Klostergänge an die Pforten, welche nach dem Garten führten, geschritten, wobei sie schon unterwegs die tödlichste Angst befallen habe, und als sie endlich bei der ersten angekommen, sei es ihr unmöglich gewesen, das Schlüsselloch zu finden und noch weniger hatte sie Kräfte gehabt, den Ringel zurückzuschleiden, nur mit der größten Anstrengung habe sie sich wieder bis in ihre Zelle schleppen können und sei fast ohnmächtig auf ihr Bett niedergesunken, wonach sie den übrigen Teil der Nacht in einem beständigen Fieberschauer zugebracht, sie sehe wohl ein, daß es ihr unmöglich wäre, das Vorhaben auszuführen, sie würde einen zweiten Versuch waghalsig mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Nun war abermals guter Rat teuer; Nonnie wollte verzweifeln. Verliebte verlieren gewöhnlich bei Widerwärtigkeiten alle Bestimmung, machen dann einen dummen Streich nach dem anderen, wenn sie auch sonst Verstand und Scharfsinn besitzen. Er wollte auf der Stelle zum Papst, ich seiner Heiligkeit zu Füßen werfen, alles eingestehen und um Angelikas Entbindung vom Klostergebilde anhalten; nur mit vieler Mühe konnten wir ihm den unanständigen Vorschlag ausreden, indem wir ihm vorstellten, das wäre der gerade Weg, sie ohne

Rettung zu verlieren und ihr vielleicht gar zum Einmauern zu verhelfen. Die unerhörliche Cesarini fand wieder einen Ausweg und meinte, man würde es der Nonne schwerlich abschlagen, einige Tage bei ihrer kranken Freundin zuzubringen und wohl auch einige Nächte an ihrem Bette zu wachen, ihr von neuem zuzureden und mit ihr vereint an der wieder zu bestimmenden Nacht das Kloster zu verlassen. Die Aufgabe wäre wirklich für ein so junges, unerfahrenes Mädchen zu schwer gewesen, aber mit Hilfe der mutigen und schlauen Freundin würde sie solche gewiß lösen; denn es sei ein ganz anderes wenn man bei solchen Unternehmungen zu zwei sei und sich einander Mut und Trost einreden könne. Nach diesen Vorschlag fanden wir sehr zweckmäßig und überredeten leicht der Nonne kleine Bedenkllichkeiten. Sie eilte den kommenden Morgen wieder nach St. Ursula teilte den neuen Plan Angelika mit, die in der Tat schon wieder auf dem Wege der Besserung war, und herzlich gerne einwilligte, in Gemeinschaft zu stehen. Nun mußte sie sich noch kränker stellen und gewaltige Sehnsucht nach ihrer Freundin äußern, es gelang, auch von der Abstinenz die Erlaubnis zu dem Aufenthalt der Nonne im Kloster, sowie zu den Nachtwachen zu erlangen, und täglich stattete sie uns Bericht über den guten Fortgang der Sache ab; endlich wurde zum zweiten Mal die Stunde der Flucht bestimmt, alle Anordnungen wie das erste Mal getroffen, und um 11 Uhr stand wieder alles auf seinem Posten; wir warteten wieder und warteten abermals vergeblich, der Tag araute schon, als wir notgedrungen die zweite Rückkehr antraten.

(Schluß folgt.)

Im dem Maße, wie die wirtschaftlichen Funktionen Deutschlands unter der Wirkung einer stabileren Währung und eines ausgeglichener Budgets sich wieder beleben, wird die deutsche Zahlungsfähigkeit in die Erscheinung treten. Dann werden sich zum ersten Male grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen.

Selbst wir zunächst Deutschland, Stellung zu erlangen!
Die erste Maßnahme, die wir treffen müssen, wäre nach meiner Ansicht ein System zur Stabilisierung der deutschen Währung. Es gilt, das Wasser zu finden, das die Röhre des deutschen Budgets treiben soll. Bauen wir die Röhre erst dann, wenn wir das Wasser gefunden haben, das die Röhre drehen kann.

Die Sachverständigen haben sich verpflichtet, auch privatim keine Mitteilung über die Beratungen zu machen.

Die Einladung Dr. Schacht.
Der erste Sachverständigenausschuss hat beschlossen, dem Reichsamtpräsidenten und Währungsminister Dr. Schacht aufzufordern, einer der nächsten Sitzungen beizuwohnen, um Aufklärung über verschiedene auf die Währung bezügliche Fragen zu erteilen, die, wie der Bericht besagt, noch der Klärung bedürfen.

Deutsche Bundesgenossen Poincares.

Bestandnisse Lebedours über die USA.

Dem alten roten Parteiführer Lebedour ist an seinem Lebensabend nochmals die Galle ins Blut gestiegen wegen der Politik seiner Parteigenossen, der er in einer Anwendung von Scham die Nase vom Gesicht zu reißen sich veranlaßt sah. In einem Flugblatt nämlich legt er dar, daß der Parteivorstand der USPD, und seine Anhänger den Ruhestreik und das Auftreten Poincares als „Gerichtsvollzieher“ willkommen heißen haben, womit sie sich in Widerspruch zum Standpunkt sämtlicher internationaler Sozialisten setzten. Wörtlich sagt Lebedour hierzu:

„Der Parteivorstand und seine Anhänger gingen über ihren ursprünglichen Neutralitätsstandpunkt (gegenüber dem Ruhestreik) hinaus und sehr bald über zur Rechtsfertigung und Beschönigung der Machenschaften Poincares. So verfochten sie die Ansicht, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet auf Grund des Friedensvertrages von Versailles ebenso gerechtfertigt sei, wie eine Pfändung wegen nichtbezahlter Schulden durch einen Gerichtsvollzieher. Die Wortführer des Parteivorstandes der USPD, begrüßten sogar den „Gerichtsvollzieher“ Poincare als Bundesgenossen des deutschen Proletariats, indem sie es als eine erfreuliche Tatsache feierten, daß durch die gleichzeitigen Angriffe des gewalttätigen französischen Imperialismus und des deutschen Proletariats die kapitalistischen Mächte in Deutschland ihrerseits in die Annahmehaftigkeit eines Zweifrontenkrieges verwickelt würden.“

Die Bemerkungen der Opposition, die Partei der USPD, von solch verwerflichen Auffassungen freizumachen, sind gesehert. Die sachlichen Gegensätze zwischen uns und den Einseitigkeitskämpfern haben sich vielmehr noch verschärft. So hat, um nur eins zu erwähnen, die Begünstigung der separatistischen Umtriebe in den Rheinlanden durch eine Kundgebung des Parteivorstandes vom 26. September 1923 bei Dr. Dreßner in Krefeld dazu verleitet, sich für die Gründung eines Rheinlandstaates zu erklären, weil hinter den Separatistbestrebungen die französische Weltmacht stehe, gegen die ja doch nichts zu machen sei. Es wird wohl jedem selbstbewußten Sozialisten klar sein, daß es zwischen uns und Leuten von so knechtischer Gesinnung keine Gemeinschaft geben kann.“

Damit hat Lebedour selber das, was die Politik der roten Linien Deutschlands darstellt, genügend gebrandmarkt. Hoffentlich schreiben sich recht viele, besonders recht viele Radikallinken aus Sachsen, diese Worte eines ihrer Hauptführer ein bischen hinter die Ohren.

Kleine politische Meldungen.

Attentatsplan gegen General v. Seeck. Ueber etliche Verhaftung, die die politische Polizei gestern im Auftrag des Inhabers der vollziehenden Gewalt, General v. Seeck, im Hause Josty vorgenommen hatte, erfährt der „Tag“: Es handelt sich dabei um rechtsradikale Persönlichkeiten, die angeblich in der Beratung eines neuen Attentatsplans auf eine sehr hochgestellte Persönlichkeit begriffen waren, dessen Vorbereitungen schon ziemlich weit gediehen sein sollen. Beim ersten Verhör hat sich bisher noch keine Handhabe dafür ergeben, daß die Festgenommenen im Auftrag irgend einer Organisation handeln. Ob es sich überhaupt um eine politische Aktion höheren Ranges handelt, wird die Untersuchung bald ergeben. Einem Berliner Spätabendblatt zufolge sind nicht mehrere Personen, sondern nur ein früherer Offizier unter dem Verdachte eines Attentatsplanes gegen General v. Seeck verhaftet worden. Nach seinen Mitverschworenen würde noch geforscht.

Ein Amerikaner Präsident der Memelkommission. Zum Präsidenten der Memelkommission ernannte der Präsident des Völkerbundesrates den amerikanischen Finanzmann Norman Davis, der 1919 der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz angehört und dann unter Wilson im Schatzministerium arbeitete. Davis hat die Ernennung angenommen und wird am 18. Januar die Reise nach Europa antreten. Die Memelkommission wird aus drei Mitgliedern bestehen, die weder Litauer noch Staatsangehörige einer der in der Völkerbundeskonferenz vertretenen Mächte sein dürfen. Die Memelkommission wurde auf der letzten Pariser Dezember-Tagung des Völkerbundesrates eingesetzt mit der Aufgabe, die Memel betreffenden Fragen zu regeln und das künftige Statut für Memel auszuarbeiten.

Von Stadt und Land.

Aus 16. Januar.

Sachsen braucht finanzielle Reichshilfe.
Auf dem Begrüßungsabend der sächsischen Demokratischen Landtagsfraktion zu Ehren der in Dresden tagenden demokratischen Reichsminister und der Reichstagsfraktion führte der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold u. a. aus:
Wir bezahlen wöchentlich 1 1/2 Millionen Goldmark für Erwerbslosenunterstützung, das sind 70 Goldmark pro Kopf, ebensoviel wie in den letzten Friedensjahren der gesamte sächsische Staat ausmachte. Wir brauchen die Hilfe des Reiches, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ebenso können wir die Erwerbslosenunterstützung nicht mit

sächsischen Mitteln allein tragen. Von dem Abbau der Eisenbahntarife haben wir mehr erwartet als 8 Prozent. Zum Schluß betonte Dr. Reinhold die unbedingte Reichstreue Sachsens, die an keine Voraussetzungen geknüpft sei.

Reichswirtschaftsminister Damm ging auf die Wirtschaftsverhältnisse im Reich näher ein. Den Vorprung vor dem Auslande, den die deutsche Wirtschaft 1914 hatte, habe sie verloren. Das Programm der Reichsregierung umfasse deshalb ausschließlich harte Pflichten für das Volk, vor allem Einschränkungen, Meßeinstellungen und Mehrarbeit. Die Zeit, wo man glaubte, der Staat könne mit einigen Mackenworten die Regierung zu lenken, sei vorüber. Er könne nur überredend oder hemmend auf die einzelnen Lebensbedingungen der Wirtschaft einwirken. Die Regierung hätte aber die Zwangswirtschaft nicht beschaffen abgebaut, um die Wirtschaft wieder in einen Ruhezustand zu bringen. Die Wirkungen der erhöhten Arbeitsleistung im Bergbau und in den Industrien werde man in einigen Monaten spüren. Dann sei auch an den weiteren Abbau der Eisenbahntarife zu denken. An die Eroberung des Weltmarktes könne man nicht denken, aber den deutschen Anteil an der Arbeitsgemeinschaft der Nationen müßten wir uns wiedererobern.

Sächsischer Lebenshaltungsinde. Nach den Preisfeststellungen vom 14. Januar 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Kleidung) 1160 Milliarden, Gesamtindex ohne Bekleidung 1114 Milliarden. Am 7. Januar 1924 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 1170 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 1185 Milliarden. Vom 7. bis 14. Januar 1924 sind mitteln die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 1,7 bzw. 1,9 v. H. gefallen.

Sächsischer Viehzählung. Wie aus Dresden gemeldet wird, veröffentlicht das Statistische Landesamt jetzt die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Oktober 1923. In diesem Tage gab es in Sachsen 570 205 Schweine gegen 507 598 am 1. Dezember 1922, also eine Zunahme von fast 63 000 in zehn Monaten. Der Ferkelstand (780 291) ist allerdings noch nicht wieder erreicht. Dagegen ist die Zahl der Rinder im gleichen Zeitraum nicht unbedeutend zurückgegangen (von 692 898 auf 687 195). Der Ferkelstand betrug 719 928. Die Zahl der Schafe hatte sich im Frieden wegen der billigeren ausländischen Wollpreise stark verringert, aber die Verbesserung vom Auslande und die Kalina haben seit Kriegsausbruch ein regelmäßiges starkes Ansteigen der Zahl der Schafe bewirkt. Von 58 251 am 1. Dezember 1913 ist sie auf 104 189 am 1. Oktober 1923 gestiegen, hat sich also schon fast verdoppelt. Noch stärker ist natürlich die Kuh des kleinen Mannes vermehrt. Die Hege ist jetzt in 334 419 Exemplaren gegen nur 188 972 im Jahre 1913 vertreten.

Postpatete nach dem unbesetzten Gebiet. Wegen Postschwierigkeiten in Woswinkel werden Postpatete nach dem Oberpostbezirk Naumburg und dem besetzten Teile des Oberpostbezirks in Rhein von den Postanstalten bis auf weiteres nicht angenommen.

Endgültige Festlegung der Wahlergebnisse. Gestern nachmittag fand im Stadthaus eine öffentliche Sitzung des Wahlschlichtungsausschusses unter Vorsitz des Wahlleiters statt, in der die Resultate der Wahl vom vergangenen Sonntag endgültig festgestellt wurden. Im ganzen wurden abgegeben 9781 gültige Stimmen und zwar für Liste 1: 2984, Liste 2: 2118, Liste 3: 1808, Liste 4: 1122, Liste 5: 1724 gültige Stimmen. 88 Stimmen waren ungültig und zwar 6, weil sie nicht in den amtlich angefertigten Umschlägen lagen; 11 Umschläge enthielten mehrere Listen zugleich; leere Umschläge oder leere Stimmzettel waren insgesamt 13 abgegeben worden; in 2 Umschlägen fanden sich Wahlaufrufe, aber keine Wahlvorschlüsse. Auf 7 Stimmzetteln waren Bemerkungen ausgezeichnet, um berechnen diese Stimmen für ungültig erklärt werden mußten. So hatte ein Wähler, der sicher lange geprübelt haben mag, wohn er sich entscheiden sollte, auf den endlich für richtig gehaltenen Wahlvorschlüssen geschrieben: „Wie man macht ist falsch; ich denke aber, es ist richtig so.“ — Es war aber gerade nicht richtig so. Ein anderer wies alle Parteien von sich und glaubte sein Volk allein von der Wiedereinführung der Monarchie erwarten zu können. Auch wunderliche Reimerellen wurden erwähnt: „Da jede Partei auf ihren Vorteil ist bedacht, so dient ich auch hier richtig gemacht.“ Ein Stimmzettel dürfte der sein, der seine Stimme dadurch ungültig machte, daß er darauf schrieb: „Ob Jude oder Christ, wenn gestorben, ist alles...“ Nach diesen teilweise erheblichen Mängeln wurde die Berechnung des Ergebnisses vom Wahlschlichtungsausschuss geprüft. Das endgültige Resultat ist im amtlichen Teil zu lesen.

Mechanisches Kunstwerk. Im Aufbau ähnlich wie die im Erzgebirge so heimischen Weihnachtsberge, nur daß das Motiv nach der Bibel, sondern dem Alltag mit seinem Arbeiten und Treiben entnommen. Dort Engel, hier spielende Kinder, Schmitter, Holzhacker, Wärensänger, alles in voller Tätigkeit. Auf dem Gussfuß geht das Pferd im Gesicht, den Hüpfel ziehend. In der Nähe arbeitet eine Wassermühle. Doch horch! Klingt das nicht wie der ferne Pfiff einer Lokomotive? Ja, denn schon verläßt der Streckenwärter sein kleines Haus, beständig, daß die Strecke ohne Gefahr passiert werden kann. Die Schranke schließt sich, langsam verläßt der kommende Zug den Tunnel, fährt weiter in die Station ein, wo nambende Reisende auf seine Ankunft warten. Es wird Abend, die Fenster der Häuser werden erleuchtet, kein Klingel das Geläute der nahen Kirche und mahnt zum Kirchgang. Die Welt schreitet weiter. Der Nachtwächter erscheint auf der Wache, bewaffnet mit brennender Laterne, seine Lichter nach rechts und links werden bunt. Hinter den Kulissen alles ein Durcheinander von Rädern, Seilen, Bändern, Riemen und elektrischen Drähten. Das Werk verrät in seiner Geschlossenheit viel Geschick und Geduld, und es wäre zu verstehen, wenn recht viele Viehhäuser sich dieses kleine technische Kunststück ansehen möchten, um so dem Hersteller, Herrn W. Schwarzberger Straße 63, für seine viele Jahre Anerkennung zu sagen.

Sonnenaufgang am 17. Januar 7.64, Sonnenuntergang 4.21, Mondaufgang 1.18, Monduntergang 8.51 nachts.

Wohnungsgewinn. Durch den Dach eines Hauses herabfallende Schneemassen wurde hier ein kleiner etwa 4jähriger Junge verschüttet; ohne daß jemand etwas davon wahrgenommen hätte. Durch einen

Zusatz nur wurde der Kleine vermißt, und beim Suchen hörte man aus dem Schnee ein unterdrücktes Schreien. Sofort schaukelte man den Schneebau auseinander und konnte das Kind noch zur rechten Zeit herausbringen, daß, vom Verschüttetwerden bedroht, schon Man im Gesicht gemordet war. Der Kleine, der wirklich nur einem ganz glücklichen Zufall sein Leben verdankt, hat keinerlei Schaden davongetragen. — Ein ähnliches Fall wird aus Frankenberg in Sachsen gemeldet, wo Schneemassen vom Dach auf einen 13jährigen Schulkind fiel. Durch die Wucht des Falles wurde der Junge an den Beinen schwer verletzt und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Reichsbund L. S. Straßentraub. In der Nacht zum Sonntag trat auf dem unbebauten Teile der Schönenstraße ein auf dem Heimweg begriffener 19jähriger Mädchen aus dem Dunkel heraus ein unbekannter Mann entgegen und feuerte in unmittelbarer Nähe ihres Gesichtes einen Schuß ab. Durch den Schreck und den augenblicklichen Schmerz im Gesicht brach das Mädchen zusammen. In diesem Augenblick entließ ihr der Mann die Handtasche und entfloß in der Richtung nach Wylau. Der Mann hatte den Schuß aus einer Schmittot-Pistole abgegeben. Das Mädchen ist durch den Feuerstoß nicht unerheblich im Gesicht verletzt worden. Der Polizei gelang es, den Täter in Rostschau noch in derselben Nacht festzunehmen. Es wurde in ihm ein 26 Jahre alter Eisenarbeiter festgestellt.

Wahl. Ein Ort ohne bürgerliche Liste. Bei der Gemeinderatswahl erhielten die Sozialdemokraten 4 Sitze, die Kommunisten 9 Sitze. Stimmberechtigt waren 604, abgegeben wurden 626, davon 197 sozialistisch, 408 kommunistisch, 23 waren ungültig. Die Bürgerlichen erwarben keine Sitze aufgestellt!

Neues aus aller Welt.

Abgang der Arbeitslosigkeit in Berlin. Die Verabfolgung der Währung hat einen Rückgang der Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Während die Zahl der Arbeitslosen und kurzarbeitender im November rund 73 Prozent aller Mittelschichten der Gewerkschaften betrug, ist diese Zahl auf 50 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Vollarbeiter ist gegenüber dem Vormonat um mehr als das Doppelte gestiegen.

Aufgehobene Kommunalfestversammlung in Berlin. Am Dienstauchmittag hob die Berliner Polizei eine Kommunalfestversammlung auf, in der Richtlinien für die Dienstauchmittags angelegentlichem Umgang anlässlich des Todestages Liebknechts erörtert wurden. Zahlreiche Teilnehmer der Versammlung wurden in Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht und dort vernommen. Die Kommunisten entsetzten trotz behördlicher Warnungen eine eifrige Tätigkeit. Sie machten sich besonders an Erwerbslose heran, um diese für ihre dunklen Machenschaften zu gewinnen. Die Berliner Schuttpolizei ist auf erhöhte Alarmstufe gebracht worden und kontrolliert jede Ansammlung auf den Straßen.

300 Glattkoffer in Berlin! Die Stationen des Berliner Rettungsamtes haben seit Sonntagabend 300 Personen festgehalten müssen, die insolge Glattkoffer auf den Bürgersteigen zu Fall gekommen sind. 150 hatten so schwere Verletzungen, wie Schenkel-, Arm- und Beinbrüche davongetragen, daß sie in Krankenhäuser transportiert werden mußten. Die Polizeibeamten sind erneut darauf hingewiesen worden, Hausbesitzer, die nicht streuen lassen, zur sofortigen Ausführung ihrer Pflicht zu zwingen.

Reichswehr verweigert ein freiwirtschaftliches Attentat. In der Nacht zum Sonnabend wurde plötzlich das in Eisenach liegende 2. Bataillon des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 10 telegraphisch benachrichtigt, daß die streikenden Kaliberarbeiter in der Nachschauer Gegend die Werke unter Wasser setzen und so die Betriebe stilllegen wollten. Die Reichswehr rückte bereits gegen ein Uhr nachts mit 8 Lastautomobilen ab und ergriff sofort die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Werke. Eine ganze Anzahl Arbeiter, die an diesen Verbrechen an führender Stelle waren, wurden verhaftet und abtransportiert.

Erwerbslose sollen ein Freiwirtschaftstheater bauen. Aus Ostpreußen wird geschrieben: Um die hiesigen Erwerbslosen, deren Zahl auf rund 7000 gestiegen ist, zu beschäftigen, wird der Plan der Errichtung eines Freiwirtschaftstheaters in dem reichlich gelegenen Rastenberg und Hainberg lebhaft erwogen.

Das Landestheater zu Neustrelitz niedergebrannt. Nach einer Meldung aus Neustrelitz brach am Dienstag vor Tagesanbruch im Gebäude des Landestheaters Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einäscherte. Ueber die Ursache des Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden. Am Abend vorher hatte eine Vorstellung nicht stattgefunden. Der größte Teil des wertvollen Theaterinventars, die Kuratoren, die Garderoben sowie die Privatgarderoben der Künstler sind den Flammen zum Opfer gefallen. Der Zuschauerraum, das Foyer, die meisten Räume sind völlig ausgebrannt, Dachstuhl und Kuppel sind heruntergebrochen. Der Schaden ist für Stadt und Land Streich sehr bedeutend, auch in künstlerischer Hinsicht, da die Leistungen des Theaters auf einer achtbaren Höhe standen.

14 Tote bei einem Jaggenhosenlohn in Polen. Auf der Strecke zwischen Radziszewo u. nd Dabrowa stehen zwei Bergwerke zusammen. Laut Blättermeldungen belief sich die Zahl der Toten auf 14, die der Verwundeten auf 50.

Das rote Tuch für Berlin. Ein holländischer Radiosachmann, der augenblicklich in Hamburg weil, teilt mit, daß die hiesigen Radiokongresse sowohl in Amsterdam als auch in Rotterdam klar zu hören sind. Nur das Deutschlandfunk, das den Schluß jeder dieser Darbietungen bildet, lassen sie in Frankreich nicht ausstrahlen. Sie klingen jedesmal mit über 200 Meterwellen des Ostens bezwischen und hören. Es wäre aber auf, bis der Funke sich verabschiedet.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Erlangungsrecht in Jena. Das Universitätsamt in Jena beschließt, das Schiller-Gartenhaus, das der Dichter 1795 künstlich erworben und bis zu seiner Ueberlieferung nach Weimar während der Sommermonate mit den Seinen demohn hat, zu einer würdigen Gedächtnisstätte auszugestalten. In dem Haus und den dahingehörenden Gärten hat Schiller den Wallenstein, Maria Stuart, die Glocke und fast alle Wallaben niedergeschrieben und die mit Goethe verheiratet. Von der Jenaer Bürgerschaft sind bereits eine Anzahl Spenden der künftigen Zeit zur Verfügung gestellt worden.

Getlungen
iederlagen
nahmen
begeben.
e Menge
stnd, wie
ran.
dem Fran-
nicht nur
che Lage
Deutsch-
befreit.
Frankreich
erhalten
diploma-
würde die
See.
ngsflächen
nament zu-
ramm be-
ne zu
ndigen
beschlossen,
1924 und
1931 fertig-
er von
0 Tonnen
Anstatt
er von je
man mit
ll. Dafür
00—1300
ben. Die
Millionen
U-Boot-
Klasse von
von zwei
aufstehend
auf nun
agen von
Franken.
erenz.
chte am
auschusses
s, daß die
ade vollst-
er. Bar-
nden des
an und
ständigen.
Meinung
ine genau
dem jeder
nde Wen-
ericht, das
fentlich ist.
en: Diese
u einigen
e geführt.
ben sind,
chiedenen
iken und
ngen, sind
utschlands
obuktion-
rovollst-
allmählich
enn das
st seine
en, die
schlump-
um Ein-
rini fand
e es der
ter fran-
ge Mächte
uzureben
nmenben
äre wirk-
zu schwer
ren Freun-
ein ganz
u zu zwei
en könne.
ßla und
sicherheit.
St. Ne-
le in der
war, und
stehen.
gewaltige
ang, auch
sicherheit
en zu er-
über den
um zwei-
e Unord-
11 Uhr
warteten
er Tag
Rückkehr

In einer chinesischen Stadt.

(Schluß.)

Im Mittelpunkt der friedlichen Handelsstadt Chongtong liegt eine militärische Post, obwohl die Stadt nicht Garnisonstadt im landläufigen Sinne ist. Wie in großen Städten einzelner Provinzen in neuer militärischer Gestalt liegen, so sind die militärischen Wachposten der Provinz Chongtong in verschiedene Lager geteilt, die untereinander, bald mit Verstärkung, bald mit offenen Waffen Kleinkrieg führen. Für den Oberkommandierenden einen Heeres, der die Mittel zu deren Unterhaltung selbst beschaffen muß, ist die Wahrung eines festen Stützpunktes neben der Einbehaltung eines Teiles des Steuereinkommens für militärische Zwecke unternehmend der jeweilige Kommandierende von Zeit zu Zeit einen Abzug unter der wohlhabenden Kaufmannschaft besonders, wenn der „Feind“ die Stadt bedroht und Mittel zu seiner Wiedereinnahme nötig sind. Vor einem solchen Gefährnis stehen wir nun schon zum zweiten Mal innerhalb der letzten sechs Monate. Nur ein paar Soldaten, die den notwendigsten Wachdienst versehen, ist die ganze Garnison selbstmächtig ausgerückt, um einem Widerpart, der sich mit seinen Truppen ebenfalls in Markt gesetzt hat, zu begegnen. Es sind keine kleinen Verbände, die sich mit Waffen moderner Kriegstechnik gegenüberstellen, sondern mitunter ganze Divisionen. Der Soldat kämpft um seines Soldes willen und der Führer um die Erhaltung oder Vergrößerung seiner Macht. Kein handfester Purzsch ist heute auf der Straße dabei, von militärischen Schergen aufgegriffen und scheinbar zum Transport von Munition und sonstigen Lasten herangezogen zu werden. Diese Lasten werden zu Dutzenden aufgesammelt, an einen Strick gebunden und abgeführt. „Baku“ wie dieser militärische Zwangsdienst genannt wird, ist durch keinerlei Gesetz begründet, sondern ist eine ungehörigste Verletzung des jeweiligen Machtgewaltigen.

Chongtong ist eine zehnjährige Handelsstadt. Infolge Schaffung einer Handelsverbindung mit Schanghai (Anlagen in Hankau und Schanghai) gehört es mit zu den Plätzen die an den Weltverkehr angeschlossen sind, ein verwickelter Raum, den noch vor knapp mehr als einem Jahrhundert niemand zu träumen wagte. Allerdings läßt sich der Handelsverkehr nicht während des ganzen Jahres aufrechterhalten. Jetzt ruht er vollständig, da die Wasserwege des Yangtse nur einen englischen Fuß weit gegen 95 bis 100 im Sommer für den hier lebenden Europäer herrscht jetzt eine Zeit des völligen Entfalls vom Weltverkehr, denn Relationen aus Schanghai sind drei bis vier Wochen unterwegs und deutsche Meldungen aus Hankau die Befragten oft dieselbe Zeit, bis sie sich hierher verirren. Zu diesem geistig wenig anregenden Zustand tritt noch das Klima dieser Jahreszeit: kalt und wochenlang bedeckter bleibender Himmel. In Schuan heißen die Hunde die Sonne an, sagt ein Provinzialwort, womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß den Hunden die Sonne eine fremde Erscheinung ist, weil sie sie so wenig sehen. Beteiligt sich aber einmal das Wolkenmeer und scheint die Sonne über Stadt, Fluß und Berge, die, des grauen Nebelmantels ledig, in sattem Grün drängen, dann feiert man wieder Verjüngung mit dem Platz, dem man an früheren Tagen so oft grollt.

Gerichtssaal.

Unberechtigter Streik und Schadenersatzpflicht.

Eine wichtige Entscheidung hat jetzt das Berliner Landgericht gefällt. Ein holländischer Kaufmann hatte durch Berliner Rechtsanwälte gegen die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter und ihre Streikführer Menne und Scharfshwerdt Klage auf Ertrag der Hoteifaktoren erhoben, die ihm feinerzeit durch den Eisenbahnstreik erwachsen waren. Das Berliner Landgericht hat nun die Beklagten gesamtschuldnerisch zur Zahlung verurteilt, wobei es in eingehender Begründung das von den Beklagten in Anspruch genommene Recht zum Streik verneinte. Dieses Urteil hat eine sehr erhebliche prinzipielle Bedeutung. Das Gericht hat sich vorbehaltlos auf den Standpunkt gestellt, daß ein solcher Streik ungesetzlich ist und eine vorläufige Schädigung fremder Privatinteressen darstellt. Bedenklich ist auch der Umstand, daß nicht nur die Organisation an sich, sondern auch die einzelnen Führer in Berlin haftbar gemacht werden, so daß jeder einzelne aktive Träger der Streikbewegung zum abstraktesten Schadenersatz herangezogen werden könnte.

Letzte Drahtnachrichten.

Das schiffliche Wirtschaftsministerium noch unbesetzt. Wie wir aus Dresden hören, hat die sozialistische Bundtagsfraktion gestern dahin entschieden, daß das Amt des Wirtschaftsministers nicht in der Hand des Ministerpräsidenten bleiben dürfte, sondern ein besonderer Minister ernannt werden sollte. Die Blättermeldung, daß der Sozialist Müller-Weipzig bereits ernannt worden sei, trifft nicht zu.

In Dresden ist heute vormittag Schnee gefallen, nachdem in der vergangenen Nacht die Temperatur bis auf -9° gesunken war.

Noch kein Arbeitsplan in der Sachverständigenkommission. Nach einer Meldung aus Paris ist dem Sachverständigenausschuss die Aufstellung eines Arbeitsplanes noch nicht gelungen, weil verschiedene Delegierte in beiden Ausschüssen sitzen wollen.

Amerikanische Forderung an Guertia. Nach einer Meldung aus Washington will das Staatsdepartement dem General Guertia mitteilen, daß der normale Handel Amerikas in dem Hafen von Tampico nicht gestört werden darf.

Amtliche Bekanntmachungen.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:
 1. Auf Blatt 575, die Firma Herrenwäschefabrik Gebrüder Simon, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Aue betr.: a) am 2. Januar 1924: Der Geschäftsführer Hans Simon in Berlin ist ausgeschieden, b) am 12. Januar 1924: Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Paul Johannes Heusinger in Aue. Er ist zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
 2. Am 4. Januar 1924 auf Blatt 568, die Firma August Weiß Söhne in Auerhammer betr.: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Metallgießer Ernst Emil Weiß in Auerhammer ist ausgeschieden.
 3. Am 5. Januar 1924 auf Blatt 162, die Firma G. Rich. Müller in Aue, Zweigniederlassung der in Zwickau betriebenen

Hauptniederlassung betr.: Die Firma lautet künftig G. Rich. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Kaufmann Franz Richard Hölz in Zwickau ist ausgeschieden. Das Gesellschaftsvertrag ist von der Gesellschaft G. Rich. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, erworben worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. März 1923 errichtet und durch Beschluß der Gesellschafter am 4. Mai 1923, 10. Juli 1923 und 20. November 1923 laut Notariatsurkunden von dem gleichen Tagen abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist Expedition ohne eigenes Geschäft, nur mit Mietfahrwerk, sowie Brennstoffhandel. Davon kann aber jede andere kaufmännische Betätigung erlaubt Art angeschlossen werden. Das Stammkapital beträgt fünfzehnhunderttausend Mark. Die Prokura des Kaufmanns Paul Schwarze in Zwickau ist erloschen. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Franz Richard Hölz in Zwickau. Der eine Gesellschafter, Kaufmann Franz Richard Hölz in Zwickau, bringt in die Gesellschaft das gesamte Aktivvermögen der bisherigen Firma G. Rich. Müller in Zwickau ein. Die Gesellschaft übernimmt es zum Werte von 400 000 Mark, davon werden 170 000 Mark auf die Stammeinlage Hölz angerechnet.

Landgericht Aue, den 15. Januar 1924.

Stadtverordnetenwahl Aue.

Bei der am 18. Januar vorgenommenen Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums sind folgende Personen gewählt worden:

- Vom Wahlvorschlag 1 (Kommunistische Liste aller Wählbaren in Aue): Markthelfer Ernst Dörfel, Maler Robert Dörfel, Former Gustav Korb, Zeichner Hans Teuöner, Gewerkschafts-Beamter Hermann Jettel, Arbeiter Fritz Fabian, Wappentischler Guido Lein, Metallschleifer Paul Rehm;
- Vom Wahlvorschlag 2 (Sozialdemokratische Partei): Kontrolleur Rich. Lorch, Geschäftsführer Eugen Fred. Graube, Herrmann Graf, Volksschullehrer Ernst Wolf, Ehefrau Anna Dörfel, Sekretär Karl Frey;
- Vom Wahlvorschlag 3 (Christliche Vereinigungen und Deutscher Christlicher Gewerkschaftsbund): Kaufmann Albin Rohrer, Handlungsgehilfe Walter Lent, Kochschulleiterin Bertha Hoffmann, Oberstudienrat Oscar Wächter, Postinspektor Otto Martin;
- Vom Wahlvorschlag 4 (Hausbesitzerverein): Lehrer Max Dentschel, Klempnermeister Paul Schied, Raschenschlosser Paul Wehhorn;
- Vom Wahlvorschlag 5 (Vereinigter Bürgerlicher Wählerausschuss): Justizrat Richard Raabe, Schmiedemeister Albin Wehhorn, Fabrikbesitzer Hugo Hümann, Kaufmann Richard Seidel, Lehrer Max Jär.

Aue, 16. Januar 1924.

Der Rat der Stadt.

Aue.

Hausarbeit.

Wir erinnern daran daß alle Gewerbetreibenden, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte gewerbliche Arbeit verrichten lassen, ein Verzeichnis aller Personen, denen sie Hausarbeit übertragen, bis 15. Febr. 1924 bei der Polizeibehörde einzureichen haben. Vordrucke liefert die Auer Druck- und Verlagsgesellschaft (Auer Tageblatt). Falls die beschäftigten Hausarbeiter in verschiedenen Wohnorten wohnen, sind nach Wohnorten getrennte Verzeichnisse einzureichen. Die Unterlassung der Einreichung ist strafbar.

Aue, den 15. Januar 1924.

Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Anhalt: Paul Seibmann, Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft, m. b. G., Aue

Carola Theater
 Leinwandspiele
 Wettmarstr. 13 Aue Erzgeb. Wettmarstr. 13

Donnerstag bis Sonntag
 Fortsetzung und Schluß
 der beiden mit größtem Beifall aufgenommenen
 Filmschlager:

Die japanische Maske
 Die Befehle der japanischen Maske.
 Sport- und Sensations-Schauspiel in 5 Akten.

Raffinierte Frauen.
 Die „Spitzen“ der Gesellschaft.
 Sittendrama in 5 Akten.
 Wochentags Beginn 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplätterei

für Kravatten, Manschetten, Oberhemden, Hanwäschchen.
 Anerkannt beste Ausführung.
 Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.
 Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.
 Neueste und leistungsfähigste Plätterei des Erzgebirges
J. Paul Bretschneider, Aue :: Fernruf 381.

Tausche
 4-Zimmerwohnung, Balkon, Balkon gegen gleich.
 Angebots unter N. 2. 174 an das Auer Tageblatt erb.

Schlafstelle
 Aue, Erb. sucht f. Mochem.
 4. Miets ob. allm. bed. Angeb. erb. unt. N. 2. 169 an das Auer Tageblatt.

Möbl. Zimmer
 auch mit kleinem Schlafzimmer.
 Angeb. unter N. 2. 181 an das Auer Tageblatt erb.

Möbl. Zimmer
 auch m. Kleiderkammer, von Behrer gef. Angeb. unter N. 2. 186 an das Auer Tageblatt erb.

Grosser öffentlicher Radiovortrag
 Drahtlose Konzerte, Ansprachen etc.
 Erstmalige praktische Vorführung eines Radioapparates mit Doppel-Niederfrequenzverstärker, Anodenbatterie und Hochantenne.
 aus Berlin, Königs- wusterhausen usw.
 Vorher allgemeinverständliche Einführungsworte über die gesamte drahtlose Telephonie durch den Schriftsteller Lothar Schille, Leipzig. — Diesen Abend muß sich jeder freihalten, er verspricht, äußerst interessant zu werden. **Keiner wird den Saal verlassen**, der nicht durch die Wunder der modernsten Technik gefesselt würde.
 Da der Radio-Apparat jeden Teilnehmer nur 150 Eintrittskarten abgegeben werden, vorgeführt und erläutert werden soll, können dieselben sind unter gleichzeitiger Einblendung des Betrages bei dem **Radio-Verlag Menschen, Leipzig-Gohlis**, bis zum 24. Januar zu bestellen. (Sobald Sie sich einen Platz für den Tag und Saal werden rechtzeitig (4-5 Tage vorher) den Teilnehmern durch Brief bei Überblendung der Eintrittskarten bekannt gegeben.)
 Preise: 1. Platz M. 2.50, 2. Platz M. 2.-, 3. Platz M. 1.50.
 Freitag durch das Reichsgerichtliche Telegrammenamt (Skt. Postboten) gemeldet.

CONTINENTAL

Die schreibende Addier- und Subtrahier-Maschine für Kasse, Buchhaltung, Betrieb, Lohnbüro, kurz: überallwo gerechnet wird.

VERKAUF:
Büro

BUCHHALTUNGS-MASCHINEN G. M. B. H.
 CHEMNIER, SCHLOSSSTR. 2
 „EMPEROR“
 9008, 9009, 9004

Orientanwaltsbüro Sach.
 Leipzig, N. 2. 11

Erzgebirgische Kraftfahrerschule
 Rad, Dietrich, staatl. geprüfter Kraftfahrlehrer, Autozentrals. Fernruf 219. Oelsnitz i. E.

Es finden Kurse statt für Damen- u. Herrenfahrer und für Chauffeurs. Dauer ca. 4 Wochen. Eintritt täglich. Beste Referenzen. Staatliche Prüfungen. Günstige Gelegenheit zum Berufswechsel. Auskunft gegen Freimarke.

An- und Verkaufvermittlung v. Automobilen. Moderne eigene Autoreparatur-Werkstätten und -Hallen.

Frau
 zum Reinigen der Büroräume
 von vormittag 6 bis 1/9 Uhr sucht
 Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
 Zweigstelle Aue.

Zigaretten zu Fabrik.
Zigarren preisen empfiehlt
 Wilh. Lücke, Hartha i. Sa.

Möbel
 Herren- und Damen-Konfektion
 Schuhwaren

Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.

Paul Katz
 Aue, Bahnhofstr. 34.

Existenz.

Herren und Damen jeden Standes (kontingenzfähig) allerorts sofort gesucht zwecks **Kommissionen** Verkauf unserer Artikel (Wäsche, Bekleidung, Schuhwaren usw.) **Größte Verdienstmöglichkeit.** Offerten an **August Rottig G.m.b.H.,** Berlin, Invalidenstr. 16.

Netze
 Hans Bauer, Stein, Krosow.
 von 2 bis 10 Mark, in allen Farben und Größen empfiehlt **Storn & Gauger** Kühle- u. Perückenfabrik, Aue Wettmarstr. 48, am Wettmarplatz

Metallbetten,
 Stahlmatratzen, Aluherbetten für ein- u. zweifach, Patent 74 13 Patent. Eisenblechfabrik Gubi (Zwickau)